

Deutsch-französische Aussöhnung als Affront

Die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages aus niederländischer Perspektive

KATHARINA GARVERT-HUIJNEN

Abstract

Reactions to the Franco-German treaty of friendship were unusually negative in the Netherlands. Although the Dutch greeted Franco-German reconciliation in principle, they rejected the form and timing of the treaty. This attitude among the Dutch becomes understandable if we locate it in the larger context of the European process of integration in the 1950s and 1960s, which is the aim of this contribution. The author shows that there is a close relationship between the Dutch repudiation of the Franco-German treaty of friendship, the Dutch resistance against the European Political Union (EPU) proposed by de Gaulle and Adenauer, and the rejection of a Common Europe as well as independent French nuclear armament. This article describes the background of Dutch policy in international and European affairs to make it clear why Joseph Luns, the long-serving foreign minister of the Netherlands, pursued an extraordinarily harsh line against Charles de Gaulle's foreign policy that blocked the progress of the European integration process as much as possible throughout the 1960s.

Title: Franco-German Reconciliation as an Affront. The Signing of the Élysée Treaty from a Dutch Perspective

Keywords: Adenauer, Konrad (1876–1967); de Gaulle, Charles (1890–1970); European political union; Franco-German treaty of friendship; Luns, Joseph (1911–2002)

EINLEITUNG

Die Tinte unter dem deutsch-französischen Freundschaftsvertrag war noch nicht trocken, da regte sich in Den Haag erbitterter Widerstand gegen das als ausgrenzend empfundene binationale Abkommen. Das gesamte niederländische Parlament reagierte mit Ablehnung und es kam zu impulsiven Reaktionen. So schlug der Ständige Vertreter der Niederlande bei den Europäischen Gemeinschaften, Dirk Spierenburg vor, ein »Exempel zu statuieren« und

im selben Geist wie der deutsch-französische Freundschaftsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich, der Benelux und wenn möglich Italien eine Übereinkunft zu schließen, die eine vertiefte Zusammenarbeit auf politischem, militärischem, kulturellem

und wirtschaftlichem Gebiet und eine gegenseitige Konsultation im Vorfeld wichtiger Entscheidungen im Rahmen der EEG vorsieht.¹

Aus heutiger Perspektive löst die niederländische Reaktion in erster Linie Erstaunen aus. Man hat sich im Zusammenhang mit dem Prozess der deutsch-französischen Aussöhnung so daran gewöhnt, in positiven Zuschreibungsmustern zu denken, dass es nur noch schwer nachvollziehbar erscheint, dass es im Januar 1963 so etwas wie Opposition oder gar Ablehnung gegen die Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages gab. Bildet doch gerade der Élysée-Vertrag und der darauf folgende Prozess der deutsch-französischen Aussöhnung das Fundament für die mittlerweile beinahe 50 Jahre andauernde europäische Friedensperiode.

Das hier vorliegende Themenheft der *Zeitschrift für interkulturelle Germanistik* hat sich zur Aufgabe gemacht gerade diese festgefahrenen Betrachtungsweisen im Élysée-Jahr zu hinterfragen. Die niederländische Perspektive auf den Vertrag, die im Folgenden ausführlich beschrieben werden soll, eignet sich hierzu in besonderem Maße. Sie öffnet den Blick für die Tatsache, dass ein derart exklusives Versöhnungsmodell wie das deutsch-französische auch als ausgrenzend und die deutsch-französische Zusammenarbeit als dominant erfahren werden konnte und bis heute erfahren werden kann.

Die Erkenntnis, dass der Élysée-Vertrag zu seiner Zeit nicht unumstritten war, ist dabei nicht neu. Die historische Forschungsliteratur hat sich eingehend mit der Tatsache befasst, dass Adenauers Außenpolitik in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft in der Bundesrepublik stark umstritten war. Seine exklusive Ausrichtung auf Frankreich führte innerhalb der Regierung Adenauers zu großen Konflikten und trug nicht unwesentlich zum Verlust seiner Machtbasis in seiner eignen Partei, der CDU, bei. Viel weniger bekannt ist hingegen, dass sich in der niederländischen Haltung zum Élysée-Vertrag deutliche Parallelen zur Haltung der Adenauer-Kritiker in der Bundesrepublik feststellen lassen.²

Insgesamt ist über die niederländische Position im Zusammenhang mit dem Élysée-Vertrag bisher kaum geschrieben worden.³ Vor allem in der deutsch- und englischsprachigen Forschungsliteratur wird der Standpunkt der Niederlande im europäischen Integrationsprozess selten hinterfragt und wenn überhaupt nur mit einer recht knappen und häufig plakativen Analyse versehen. Häufig

1 | Nationaal Archief (Den Haag), 2.05.118, Buitenlandse Zaken, Blok 2, 1955–1964 inv.nr. 20686 (Übers. d. Verf.). – Bei dieser Quelle handelt es sich um eine Note Dirk Spierenburgs an die niederländische Regierung. In einem mehrseitigen Schreiben an den Staatssekretär im niederländischen Außenministerium Dr. H.R. van Houten schlägt Spierenburg der niederländischen Regierung vor, wie sie auf die französische Weigerung Großbritanniens in die Europäische Gemeinschaft aufzunehmen, reagieren soll.

2 | Den damaligen niederländischen Außenminister Joseph Luns verleitete diese Parallele zu der Aussage, dass Ludwig Erhard als wichtigster Adenauer-Kritiker auch »ein Niederländer hätte sein können« (Luns 1971: 310f.).

3 | Einen ersten Eindruck bietet Wielenga 2000: 101ff.

erscheinen die Niederlande auch nur im Zusammenhang mit ihren Benelux-Partnern. Als ob automatisch davon auszugehen wäre, dass die Interessen der kleineren Länder parallel zu fassen sind. Dabei war es vor allem die niederländische Außen- und Europapolitik, die gemeinsam mit der französischen den westeuropäischen Kontinent in den 1960er Jahren in ihrem Bann hielt.

Selbstverständlich hatte in den Niederlanden niemand prinzipiell etwas gegen eine Aussöhnung zwischen den beiden ehemaligen ›Erbfeinden‹. Es war vor allem die Form und der Zeitpunkt des Vertrages sowie die Angst vor einer französisch-deutschen Dominanz in Europa, die auf Ablehnung stießen. Nur wenige Tage vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags hatte der französische Staatspräsident Charles de Gaulle sein Veto gegen einen britischen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) ausgesprochen und den Aufbau einer eigenen – von der NATO unabhängigen – französischen Nuklearstreitmacht, der sogenannten *Force de frappe*, erklärt.

Wie im Folgenden gezeigt werden soll, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der niederländischen Zurückweisung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, dem niederländischen Widerstand gegen die von de Gaulle und Adenauer vorgeschlagene Europäische Politische Union (EPU) und der Ablehnung einer gemeinsamen europäischen wie auch einer selbstständigen nuklearen französischen Streitmacht (vgl. Kersten 2011: 225). Vor allem der langjährige niederländische Außenminister Joseph Luns wurde zur Symbolfigur eines außergewöhnlich harten Konfrontationskurses der niederländischen Regierung gegen die Außenpolitik Charles de Gaulles, der im Laufe der 1960er Jahre zwischen den sechs Ländern der Europäischen Gemeinschaften zu einer Pattsituation führte und das Fortschreiten des europäischen Integrationsprozesses weitestgehend blockierte.

Zankäpfel waren die von de Gaulle anvisierte Führungsrolle in Europa und der damit einhergehende Streit um die Beteiligung der Briten am europäischen Integrationsprozess sowie der Streit um die Frage der institutionellen Einrichtung der Zusammenarbeit. Während de Gaulle ein ›Europa der Nationalstaaten‹, also eine intergouvernementale Zusammenarbeit bevorzugte, war die niederländische Regierung ein starker Verfechter der Übertragung von Souveränitätsrechten an europäische Institutionen, also einer supranationalen Zusammenarbeit.

Die Niederlande hatten sich dem ›Europa der Sechs‹, das sich in den 1950er Jahren mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom manifestierte und zunächst aus Frankreich, Italien, der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland und den Beneluxstaaten bestand, nur mit einigem Widerwillen angeschlossen. Ein wichtiger Grund hierfür war, dass die europäische Zusammenarbeit aus Sicht der niederländischen Regierung in erster Linie als ein Projekt gedacht war, dass der exportorientierten niederländischen Wirtschaft zu Gute kommen sollte.

Aus diesem Grund lehnte nicht nur Außenminister Luns, sondern auch der sozialdemokratische Ministerpräsident Willem Drees (*Partij van de Arbeid*

[PvdA]) und dessen Staatssekretär Ernst van der Beugel (PvdA) eine vertiefte wirtschaftliche europäische Zusammenarbeit ohne Großbritannien kategorisch ab. Alle drei ließen sich nur in der Hoffnung auf eine baldige Zusammenarbeit mit den Briten im Rahmen einer Europäischen Freihandelszone (FHZ) umstimmen. Im niederländischen Ministerrat sagte Drees hierzu:

Die Perspektive auf ein Zustandekommen dieser Freihandelszone hat dem Sprecher über seinen Widerstand gegenüber dem EWG-Vertrag⁴ hinweggeholfen. Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages haben sich die Niederlande in eine protektionistische Kombination von relativ kleinem Umfang begeben. (Zit. n. Brouwer/Merriënboer 213: 63 [Übers. d. Verf.]).

Die Tatsache, dass der französische Staatspräsident Charles de Gaulle mit Unterstützung des deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer die Verhandlungen zur Europäischen Freihandelszone endgültig für beendet erklärte und stattdessen 1960 die Gründung einer Europäischen Politischen Union (EPU) im Rahmen der ›Sechs‹ vorschlug, kam im politischen Den Haag dann auch denkbar schlecht an.

Bei der Gründung der EGKS und der EWG hatten – trotz aller vorhandenen Bedenken – in erster Linie wirtschaftliche Argumente den Ausschlag gegeben, sich zu beteiligen. Letztendlich war die Abhängigkeit der niederländischen Wirtschaft von den übrigen fünf Ländern und vor allem von Deutschland zu groß, um der neuen mächtigen kontinentaleuropäischen Gruppe fernzubleiben, wie der Wirtschaftshistoriker Richard Griffiths zu Recht feststellt (vgl. Griffiths 1990: 263f.).

Bei der EPU war dies jedoch nicht der Fall. Die niederländische Regierung hatte keinerlei Interesse an einer Ausweitung der politischen Zusammenarbeit im Rahmen der ›Sechs‹ und es gelang ihr erfolgreich, gemeinsam mit der belgischen Regierung die unerwünschte EPU ohne Großbritannien zu verhindern. Diesen Erfolg empfand man in Den Haag als wichtigen Sieg gegenüber den beiden großen europäischen Mächten. Der niederländische Historiker Anjo Harryvan wertet das Verhindern der EPU im Rückblick gar als einen der wichtigsten niederländischen Beiträge zum europäischen Integrationsprozess in den 1960er Jahren (vgl. Harryvan 2009: 147). Dass Konrad Adenauer und Charles de Gaulle die Fortsetzung der gescheiterten EPU nun im Rahmen des Élysée-Vertrages durchsetzten, musste man daher in den Niederlanden als Niederlage, ja gar als Affront seitens der beiden europäischen Partner empfinden.

Der vorliegende Beitrag hat zum Ziel, die – bereits angerissenen – Hintergründe der niederländischen Außen- und Europapolitik einer genaueren Ana-

4 | Beim EWG-Vertrag handelt es sich um den Vertrag zur Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Er wurde am 25. März 1957 in Rom gemeinsam mit dem Vertrag zur Gründung einer Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) unterzeichnet. Beide Verträge werden gemeinsam umgangssprachlich auch als Römische Verträge bezeichnet

lyse zu unterziehen. Dabei sollen auch an einigen Stellen die Parallelen zur Haltung der Adenauer-Kritiker in der Bundesrepublik aufgezeigt werden.

EVER CLOSER ATLANTIC UNION

Ganz im Gegensatz zu Frankreich, dessen Deutschlandpolitik nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges darauf abzielte, das Land für möglichst lange Zeit klein zu halten, befürworteten die niederländischen Nachkriegsregierungen schon relativ rasch eine Reintegration der Deutschen auf der Basis von Gleichberechtigung (vgl. Wielenga 2000: 51ff.). Das mag überraschen, da die Niederlande sich ja gerade erst von fünf Jahren deutscher Besatzung erholten, fand seine Ursache jedoch in erster Linie in der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit dem deutschen Nachbarn⁵ und den Lehren, die man in Den Haag aus den fatalen Friedensschluss mit dem Deutschen Reich nach Ende des Ersten Weltkrieges gezogen hatte.

»Angesichts der Tatsache, dass man an der Mentalität der Deutschen nichts ändern kann, muss man dieses Land akzeptieren, wie es ist«, befand der Auswärtigen Ausschuss des Parlaments 1950 pragmatisch.⁶ Nach wie vor vertraute man den Deutschen nicht, aber alleine aufgrund seiner geografischen Lage und der zentralen Bedeutung des Landes als Exportmarkt für die niederländische Wirtschaft war aus niederländischer Perspektive eine Beteiligung Deutschlands am europäischen Wiederaufbau und in den sich entwickelnden Bündnisstrukturen des Westens unabdingbar. Dafür gab es trotz aller Zivilisationsbrüche, die die Deutschen während der Diktatur der Nationalsozialisten begangen hatten, für die niederländischen Parlamentarier des Auswärtigen Ausschusses nicht nur geopolitische oder wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Gründe:

Die Erhaltung des Friedens und die Erhaltung der westlichen Kultur in Europa zwingen die westeuropäischen Länder mehr als je zur Vereinigung sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Diese Notwendigkeit ist, für sich betrachtet, bereits vorhanden. Sie wird durch die Bedrohung seitens des totalitären Rußlands einmal mehr gefordert. Und auch das muss hier gesagt werden: Deutschland muss zu Westeuropa gehören. Ohne Deutschland würde das Gebiet der Länder westlicher Kultur auf diesem Kontinent sich auf ein derart untiefes Randgebiet mit einer derart geringen Zahl Menschen beschränken, dass bereits im Voraus gesagt werden müsste, dass es sich politisch und militärisch und wahrscheinlich auch wirtschaftlich nicht würde halten

5 | Vgl. hierzu v.a. Kleman 1990 u. 2009, Lak 2009 u. 2011, Lademacher 1988 u. Hirschfeld 1998.

6 | Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Best.-Nr. B 11, Abteilung III: 5-18, Bericht des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten der 2. Kammer der Staten-Generaal an das Außenministerium Haag über die deutsche Frage, Sitzung 1949/50 (Bericht Nr. 3, deutsche Übersetzung Regierungsdirektor Frowein vom 21. Juli 1950).

können. Für die Verteidigung von Westeuropa – einschließlich Deutschland – sind die Deutschen nötig, sowohl in militärischer als auch in industrieller Hinsicht. (Ebd.)

Die französische Deutschlandpolitik, die in den ersten Nachkriegsjahren darauf abzielte, Deutschland, durch eine Abtrennung des Rheinlands und Herauslösung des Ruhrgebiets (vgl. Brunn 2004: 35) langfristig politisch und wirtschaftlich zu entmachten, entsprach dieser Politik auf keiner Weise. Die bereits 1943 entwickelte Idee des französischen Generals und Exilpolitikers Charles de Gaulle, gemeinsam mit den Benelux-Ländern nach Kriegsende eine gegen Deutschland gerichtete, westeuropäische Gruppierung unter französischer Führung zu gründen (vgl. Coolsaet 2003: 351), wurde von der niederländischen Regierung dann auch äußerst skeptisch beurteilt.

Zwar einigten sich die Beneluxländer und Frankreich im März 1945 tatsächlich auf ein Wirtschaftsabkommen, aber weder Belgien noch die Niederlande betrachteten dieses als Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit. Im Gegenteil, bereits kurz nach der Unterzeichnung begann man die Vereinbarungen des Vertrages wieder zu torpedieren. Sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien war bereits zu diesem Zeitpunkt deutlich, dass die nationale Deutschlandpolitik auf eine wirtschaftliche Erholung und Reintegration Deutschlands abzielte (vgl. ebd.). Darüber hinaus waren sich Belgier und Niederländer darin einig, dass Großbritannien und nicht Frankreich eine Führungsrolle in Europa zukommen sollte.

Zunächst sah es jedoch nicht so aus, als ob man schnell wieder wirtschaftliche Kontakte mit Deutschland würde aufnehmen können. Die Alliierten, die die Besatzungsmacht in Deutschland übernommen hatten, betrachteten das Land aus der politischen Perspektive und interessierten sich wenig für wirtschaftliche Fragen. »Their goal was to keep the German population alive at a minimum, limited cost and recovery of the German economy was, in those first post-war years, not their main priority«, stellt Martijn Lak fest (Lak 2011: 12). Erst als sich seit 1948 der Konflikt mit der Sowjetunion verschärfte und die Politik der atlantischen Mächte auf die Gründung eines westdeutschen Staates abzielte, gerieten auch wirtschaftliche Interessen wieder stärker in den Fokus der westlichen Alliierten. »At this point [...] renewed economic interdependency could be expected, as now economic interests became increasingly important and tentative steps were taken to renew economic ties between the Netherlands and Germany« (ebd.).

Die Gründung der Bundesrepublik war Teil einer neuen amerikanischen Europapolitik, die sich vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes entwickelte und vor allem im *European Recovery Program* (umgangssprachlich *Marshallplan*) ihren Niederschlag fand. Da sie den für die niederländische Wirtschaft so zentralen wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands ermöglichte, deckte sie sich aus der Perspektive der niederländischen Regierung viel stärker mit den Interessen ihres Landes als die des benachbarten Frankreichs. Hinzu kam, dass sich bereits im Verlauf des Zweiten Weltkrieges eine starke Überzeugung entwickelt hatte, dass nur die USA mit ihren konventionellen und nuklearen

Streitkräften die territoriale Integrität der Niederlande dauerhaft garantieren konnten (vgl. u.a. Harryvan 2009: 151).

Vor diesem Hintergrund entschlossen sich die Niederlande zur Akzeptanz der Marshallhilfe und wurden somit Mitglied der zur Verwaltung und Verteilung der amerikanischen Marshallhilfe gegründeten *Organization for European Economic Co-operation* (OEEC). Außerdem traten sie den militärischen Bündnispakten, zunächst dem Brüsseler Pakt, und später der NATO bei (vgl. Hellemma 2010: 148). Der wirtschaftliche wie auch der sicherheitspolitische Aspekt erleichterte dabei aus niederländischer Sicht die Akzeptanz einer Hegemonialstellung der USA in Europa auf der einen Seite und den Entschluss, sich endgültig von der traditionell abseitigen Außenpolitik zu verabschieden, auf der anderen. Möglicherweise mag auch »die jahrhundertlange Gewöhnung an den von England gebotenen Schutz die Hinnahme der Hegemonie einer anderen Überseemacht, der Vereinigten Staaten« dazu beigetragen haben, wie Jérôme Helderling bereits 1976 konstatierte (Helderling 1976: 676).

Der neue außenpolitische »Atlantizismus« der Niederlande entwickelte sich in den kommenden Jahren zur Staatsräson und erhielt beinahe einen mystischen Status (z.B. bei van Staden 1974). Das außenpolitische Wunschbild, das sich hieraus entwickelte, war das einer immer engeren, atlantischen Bündnisgemeinschaft, einer Art *Ever Closer Atlantic Union*, das sich weitestgehend als unrealistisch erwies. Mathieu Segers hat diese Politik kürzlich kritisch als »magischen Realismus« bezeichnet.

Während die Niederlande sich in der Realität fest in die westdeutsche Wirtschaft integrierten, fanden sie ihre Inspiration für das Außenpolitische weiterhin in einer hypothetischen Gemeinschaft »atlantischer Inseln«, die aus den USA, Kanada, Großbritannien und dem Rumpf Nordwesteuropas des Alten Kontinents bestand: das eigene Atlantis der Niederlande (Segers 2013: 69 [Übers. d. Verf.]).

EUROPAPOLITISCHE WEICHENSTELLUNG

Dass die Zielsetzung niederländischer und französischer Deutschlandpolitik in gänzlich unterschiedliche Richtungen ging, war mittlerweile deutlich geworden. Zu einer ersten größeren Konfrontation war es während der Verhandlungen um die Verteilung der amerikanischen Marshallhilfen 1947 gekommen. Die Forderungen des niederländischen Verhandlungsführers Hans Max Hirschfeld, die deutsche industrielle Produktionskapazität mit in die Schätzungen der gesamteuropäischen Produktionskapazität aufzunehmen, empfanden die Franzosen als »regelrechten Angriff auf ihre Europapolitik« (Fennema/Rhijnsburger 2007: 168), da sie eine Reintegration der deutschen Industrie in die gesamteuropäische suggerierten. Zu einer Einigung kam man nicht. Dazu waren die Ausgangspunkte zu unterschiedlich. Man einigte sich lediglich auf ein »*agreement to disagree*« (ebd.).

Es waren jedoch nicht nur die Niederlande, die Schwierigkeiten mit den Ausgangspunkten der französischen Deutschlandpolitik hatten. Folgenscher für die französische Deutschlandpolitik war, dass sie auch von Seiten der anderen beiden westlichen Alliierten immer weniger Unterstützung fand, da sie ganz und gar nicht den neuen Zielsetzungen entsprach. Der Druck auf die französische Regierung, zumindest »einer Aufhebung der Begrenzung der westdeutschen Stahlproduktion zuzustimmen«, nahm immer stärker zu (ebd.). Die Franzosen schienen sich mit ihrer Deutschlandpolitik in eine Sackgasse manövriert zu haben (vgl. Defrance/Pfeil 2011: 71).

Um nicht gänzlich »die Kontrolle über die politische und wirtschaftliche Entwicklung zu verlieren und die Grundlagen der französischen Außen- und Sicherheitspolitik zu garantieren« (ebd.: 72), war demnach ein echtes Umdenken erforderlich. Um dem französischen Sicherheitsbedürfnis mithilfe der fortbestehenden Kontrolle des Ruhrgebiets weiterhin Rechnung zu tragen und gleichzeitig dem Druck nachgeben zu können, wirtschaftliche Restriktionen für die Bundesrepublik aufzuheben, schlug der französische Außenminister Robert Schuman daher im Mai 1950 als Kompromiss vor, »die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohlen- und Stahlproduktion unter eine oberste Aufsichtsbehörde zu stellen, welche die wechselseitige Kontrolle garantieren und auch anderen Staaten offenstehen sollte« (Defrance/Pfeil 2011: 70f.).

Dieser Vorschlag, den Schuman gemeinsam mit Jean Monnet entwickelt hatte, stellte eine wichtige Zäsur dar, da er sich deutlich von den traditionellen sicherheitspolitischen Konzepten Frankreichs absetzte. Er wurde dann auch von vielen als eine »für Europa völlig neue Friedensstrategie« und als eine für die damalige Zeit wahrlich »kühne Tat« empfunden (ebd.). In jedem Fall war der Schumanplan ein erster wichtiger Schritt hin zur Aussöhnung zwischen den beiden »Erbfeinden« Deutschland und Frankreich, da er auf der Basis von Freiwilligkeit und Gleichberechtigung geschlossen wurde. Bundeskanzler Adenauer stimmte ihm dann auch erleichtert zu. Für Adenauer bedeutete Schumans Initiative »das Ende einer langen Durststrecke« im Hinblick auf eine Lösung der Ruhrkohlenproblematik und ein wichtiger Schritt, um »auf dem Weg der gleichberechtigten Integration ein wesentliches Stück voranzukommen« (Loth 2004: 44).

Wie oben bereits angesprochen, betrachteten viele Mitglieder der niederländischen Regierung den Schumanplan kritischer. Zwar schloss man sich in einer ersten offiziellen Reaktion der allgemeinen Begeisterung an, in den sprichwörtlichen Haager Wandelgängen war die Meinung jedoch deutlich geteilter. Während Wirtschaftsminister Jan van den Brink und Landwirtschaftsminister Sicco Mansholt den Plan unterstützten, waren Ministerpräsident Willem Drees und Finanzminister Piet Lief tinck dagegen. Außenminister Dirk Stikker nahm eine Art Mittelposition ein.⁷

7 | Vgl. Brouwer/Merriënboer 2013: 40f.; Harryvan, van der Harst/van Voorst 2001: 268 und Segers 2013: 79f.

Der französische Plan kam für die niederländische Regierung und vor allem für Außenminister Dirk Stikker ungelegen. Sie hatten gehofft, dass sich eine wirtschaftliche Liberalisierung Europas im Rahmen der OEEC und unter Einbeziehung Großbritanniens umsetzen lassen würde. Der liberale niederländische Außenminister hatte selbst die Initiative ergriffen und den Teilnehmern am Marshallplan eine sektorenweise wirtschaftliche Integration bestimmter Industriezweige auf der Basis der intergouvernementalen Zusammenarbeit im Rahmen der OEEC vorgeschlagen (vgl. u.a. Asbeek Brusse 1990).

Unterschiedliche nationale Interessen und Ordnungsvorstellungen sowie tief verwurzelte protektionistische Mentalitäten trugen jedoch dazu bei, dass man im Rahmen der OEEC auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht über Absichtserklärungen hinauskam (vgl. Brunn 2004: 45). Vor allem die Briten hatte sich in der OEEC allen Bindungen verweigert, die über eine bloße Kooperation unabhängiger Partner hinausging. Das Land empfand sich nicht als »Küsteninsel von Europa«, sondern vielmehr als

das Haupt eines Commonwealth, mit dem es durch Pflichten und Verwandtschaft verbunden sei, und in jeder Hinsicht, mit Ausnahme der Entfernung, seien die Engländer ihren Vettern auf der anderen Seite des Kontinents, den Australiern und Neuseeländern, näher als Europa (zit. n. Brunn 2004: 74),

so hielt es zumindest eine Broschüre der Labourpartei 1950 fest.

Die vorläufige Weigerung Großbritanniens, sich an einer institutionalisierten europäischen Zusammenarbeit zu beteiligen, brachte die niederländische Regierung in einen schwierigen Spagat. Auf der einen Seite hatte man in Den Haag ähnliche Bedenken gegen die von Schuman vorgeschlagene supranationale EGKS wie die Briten und auch die Skandinavier, denen man sich geistesverwandt fühlte: Man hatte Angst vor einer französisch-deutschen Dominanz, vor der Übertragung von Souveränitätsrechten und vor der Harmonisierung der Sozialpolitik (vgl. Segers 2013:84). Außerdem war die Ablehnung einer Beteiligung an jedweder Art von Blockformung in der außenpolitischen Tradition der Niederlande tief verwurzelt. Eine supranationale europäische Gemeinschaft unter französisch-deutscher Führung, die neben den beiden Großmächten lediglich Italien und die Beneluxländer umfasste und sowohl von Frankreich als auch von Deutschland bereits als Kern einer politischen Föderation gedacht war, löste daher ein großes Unbehagen im politischen Den Haag aus. Ein wichtiger Grund hierfür war die Befürchtung, dass diese Gemeinschaft »weltpolitisch als dritte Kraft ein Eigengewicht entwickeln könnte« (Schwabe 2007: 25, zit. n. De-france/Pfeil 2011: 73).

Auf der anderen Seite sprachen sowohl außen- wie sicherheitspolitische Gründe dafür, sich an der EGKS zu beteiligen. Vor allem die oben bereits angesprochene enge wirtschaftliche Verflechtung, die sich seit dem 19. Jahrhundert zwischen den Niederlanden und Deutschland entwickelt hatte, spielte hier eine zentrale Rolle. Es lag im vitalen niederländischen Interesse die neu gegründete Bundesrepublik so schnell wie möglich in eine europäische wirtschaftliche und

politische Zusammenarbeit einzubinden. Darüber hinaus hätte eine Nicht-Beteiligung für eine „vollständige Abhängigkeit von England« (Brouwer/Merriënboer 2013: 45 [Übers. d. Verf.]) gesorgt, wie die Abgeordnete Marga Klompé (PvDA) in der parlamentarischen Debatte zum Schumanplan feststellte.

Da die Keimzelle des europäischen Integrationsprojektes nun doch aus einer kontinentaleuropäischen Kerngruppe bestand, in die die Niederländer mit fünf europäischen Partnern eingebunden war, blieb der niederländischen Regierung nichts anderes übrig, als ihre Außen- und Europapolitik an die neuen Realitäten anzupassen. Drei europapolitische Zielsetzungen kristallisierten sich dabei besonders deutlich heraus.

Zum einen war das die oben bereits beschriebene, sicherheitspolitische Ausrichtung auf die Vereinigten Staaten. Diese führte zu einer deutlichen Hierarchie zwischen dem weiteren Ausbau der europäischen Integration und der Zusammenarbeit in der NATO: »European options threatening to damage NATO credibility and affectivity and possibly the Dutch-American understanding, were discarded for that very reason« (Harryvan 2009: 151). In der Praxis bedeutete dies, dass man eine wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen einer vertieften europäischen Integration befürwortete, eine politische Zusammenarbeit, die die Arbeit oder Kompetenzen der NATO tangieren könnte, jedoch kategorisch ablehnte.

Zum zweiten entwickelten sich die Niederländer zum größten Befürworter einer Beteiligung Großbritanniens am europäischen Integrationsprojekt. Das sogenannte *Préable anglais* wurde zum absoluten Dogma niederländischer Europapolitik und nahm manchmal beinahe bizarre Züge an, da Großbritannien bis in die 1960er Jahre selbst gar kein Interesse hatte, sich am europäischen Integrationsprozess zu beteiligen. »But The Hague went on hoping that the division that had opened up between Britain and the Six would be temporary«, stellt Piers Ludlow dann auch zu Recht fest (Ludlow 2001: 223).

Zum dritten europapolitischen Dogma wurde, seit der Amtsübernahme Johan Willem Beyens als Außenministers im Jahre 1952, die Befürwortung einer supranationalen Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaften. Im Zuge der Gründung der EGKS waren als gemeinschaftliche Organe die Hohe Behörde (die spätere Europäische Kommission), die gemeinsame Versammlung (aus der das Europäische Parlament hervorging) und der Gerichtshof eingesetzt worden. Diesen Organen hatten die Mitglieder der EGKS Hoheitsrechte übertragen, damit diese im Hinblick auf die Kohle- und Stahlproduktion gemeinsame Regelungen für alle Mitglieder treffen konnten.

Bei den EGKS-Verhandlungen 1950/51 waren die Niederlande zunächst noch resolut gegen die Übertragung von nationalen Hoheitsrechten an eine supranationale Behörde gewesen. Vor allem Ministerpräsident Drees und Minister Lief tinck befürchteten, dass eine Hohe Behörde die nationale Wirtschaftspolitik in Gefahr bringen könnte. Erst als sich die Verhandlungsführer auf Drängen der Beneluxstaaten darauf einigten, den supranationalen Organen auch einen Ministerrat an die Seite zu stellen, stimmten die Niederländer dem Vertrag zu (vgl. u.a. Salzmann 1999: 239ff.). Nachdem man sich in der Realität des »Europa

der Sechs« wiedergefunden hatte, entwickelten sich jedoch gerade eben jene Organe aus der Perspektive vieler niederländischer Politiker zum wichtigsten Garanten für eine Gleichwertigkeit der sechs EWG-Staaten, da sie eine Marginalisierung der kleineren Mitgliedsstaaten verhinderten.

Alle drei Hauptzielsetzungen niederländischer Europapolitik, die sich im Laufe der 1950er Jahre entwickelt hatten, wurden gegen Ende des Jahrzehnts mit der erneuten Machtübernahme Charles des Gaulles in Frankreich bedroht: der supranationale Charakter der Europäischen Gemeinschaft, der im Zuge der *Römischen Verträge* zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter ausgebaut worden war, die Mitgliedschaft Großbritanniens sowie eine starke NATO unter amerikanischer Führung (vgl. Harryvan 2009: 151). Es mag daher nicht verwundern, dass Frankreich und die Niederlande sich im Laufe der 1960er Jahre zu Gegenspielern auf dem europäischen Parkett entwickelten.

Dass Bundeskanzler Adenauer die gaullistische Außenpolitik mittrug, dass er de Gaulles Vision einer europäischen politischen Zusammenarbeit teilte und seine französisch-deutsche Vormachtstellung im »Europa der Sechs« als Selbstverständlichkeit betrachtete, machte auch die Bundesrepublik in den 1960er Jahren zum schwierigen Partner für die Niederlande. Umgekehrt galt selbstverständlich das Gleiche. So sagte Adenauer im Sommer 1964 zu de Gaulle, dass das Europa von heute geradezu lächerlich sei. »Nur weil es Herr Luns nicht gefällt, stehen alle Räder still« (zit. n. Wielenga 2000: 101). Es gelang dem niederländischen Außenminister tatsächlich im Laufe der 1960er Jahre den beiden großen Staatsmännern den Schweiß auf die Stirn zu treiben.

KONFRONTATION MIT DE GAULLE UND ADENAUER

Bereits kurz nachdem General Charles de Gaulle am 1. Juli 1958 im Zuge des Algerienkrieges und der damit verbundenen Verfassungskrise erneut die politische Macht in Frankreich übernommen hatte, begann man sich in den Niederlanden Sorgen um den zukünftigen außenpolitischen Kurs der Franzosen zu machen. Gerade erst hatte man sich gemeinsam und auf der Ebene der Ebenbürtigkeit zur Unterzeichnung der *Römischen Verträge* dazu durchgerungen, eine enge und weitreichende institutionelle Partnerschaft einzugehen. Vor allem die Aussicht auf die Schaffung der Europäischen Freihandelszone unter Beteiligung Großbritanniens hatte den Ausschlag gegeben, sich der kontinentaleuropäischen EWG anzuschließen. Nun drohte die gaullistische Wende der französischen Außenpolitik, das bisher Erreichte wieder in Frage zu stellen.

Die ideologische Grundlage von de Gaulles außenpolitischem Konzept, seine »*certaine idée de la France*« (de Gaulle 1954: 7; zit. n. Kramer 2003: 35) und die damit verbundene feste Überzeugung der *Grandeur* Frankreichs, sah für sein Land eine natürliche Führungsrolle auf dem Kontinent vor. Schon mit dem ideologischen Konzept konnte man in den Niederlanden nur sehr wenig anfangen. Außenminister Luns hält hierzu in seinen Memoiren fest:

Für die meisten Franzosen ist ›la gloire‹ ein viel lebendigerer Begriff als für die meisten Niederländer. [...] In den Niederlanden und Belgien spricht der Verlust an Einfluss und Macht deutlich weniger an als in Ländern wie Frankreich oder England, wo als Folge des Verlustes des Imperiums und des Einbüßens militärischer Macht auf dem Globus ein bestimmter Komplex entstanden ist (Luns 1971: 142; Übers. d. Verf.).

Aus der Überzeugung der eigenen *Grandeur* folgte für de Gaulle das Primat der Unabhängigkeit Frankreichs, das bei niederländischen Politikern den Angstschweiß ausbrechen ließ, da es weitreichende Konsequenzen für die eigene Außen- und Sicherheitspolitik hatte. Das Ziel de Gaulles, die dominante Stellung Amerikas in Europa, die sich in der unmittelbaren Nachkriegszeit entwickelt hatte, unter anderem mit Hilfe einer Reform der Atlantischen Allianz und dem Aufbau der *Force de frappe* zu reduzieren, tangierte unmittelbar die sicherheitspolitische Ausrichtung der Niederlande auf die USA.

Die zweite unmittelbare Konsequenz, die sich für de Gaulle aus dem Primat der Unabhängigkeit Frankreichs ableitete, war die Ablehnung der supranationalen Strukturen der europäischen Organisationen, auf die man sich bei der Gründung der EWG und Euratom geeinigt hatte und die die Handlungsfreiheit der französischen Regierung einschränkten. Zwar akzeptierte de Gaulle die *Römischen Verträge* aufgrund ihrer Wichtigkeit für die französische Wirtschaft, er betonte jedoch stets, dass er der *Europäischen Kommission*, dem *Parlament* und dem *Gerichtshof* lediglich technischen Wert zumaß. Damit war das zweite Primat niederländischer Außenpolitik, nämlich das supranationale Prinzip der europäischen Zusammenarbeit, tangiert.

Aus der Perspektive vieler niederländischer Politiker waren es gerade diese europäischen Organe, die eine Marginalisierung der kleineren Mitgliedsstaaten verhindern und die Basis für eine Gleichwertigkeit der sechs EWG-Staaten herstellen sollten. Im niederländischen Parlament argumentierte Außenminister Luns, dass gerade das »in den Verträgen sorgfältig verhandelte« Prinzip der Supranationalität die beste Garantie gegen unerwünschte, gegen die Niederlande und die niederländischen Interessen gerichtete, Blockformung wäre.

Dort [in den europäischen Organen] kann folglich nicht die Situation entstehen, dass einer oder mehrere mächtige Staaten die Schwächeren in eine Position manövrieren können, in der diese entweder einschnenken müssen oder isoliert werden. Das ist die Gefahr einer intergouvernementalen Zusammenarbeit

erklärte Luns dem niederländischen Parlament (zit. n. Brouwer/van Merriënboer 2013: 66; Übers. d. Verf.).

Nicht nur in den Niederlanden, auch in der Bundesrepublik betrachtet man den Amtsantritt de Gaulles und den Übergang zur V. Republik mit ihrer auf den General zugeschnittenen Präsidialverfassung mit einiger Skepsis. Vor allem die oppositionelle SPD ließ ihre Ressentiments gegenüber de Gaulle deutlich erkennen. Fritz Erler fühlte sich bei der Regierungsübernahme des ehemaligen Generals an den Kapp-Putsch erinnert, Erich Ollenhauer fürchtete, das franzö-

sische Beispiel könnte auch in der Bundesrepublik zum Erstarken autoritärer Tendenzen führen und Herbert Wehner zufolge schuf de Gaulle in Frankreich »eine innenpolitische Wüste« (Geiger 2008: 79). Aber auch in den regierenden Unionsparteien war man skeptisch. Außenminister Heinrich von Brentano befürchtete, »dass die neue französische Regierung unter Umständen die gesamte europäische Politik zerstört«, und auch Konrad Adenauer beklagte sich, dass de Gaulle der Bundesrepublik »völlig ablehnend« gegenüberstehe. »Sein einziges Ziel sei die Hegemonialstellung Frankreichs in Europa« (zit. n. ebd.: 78).

Tatsächlich galt de Gaulle den meisten Europäern vor allem als Nationalist, der den Deutschen und dem europäischen Integrationsprojekt skeptisch gegenüberstand. Seine gaullistische Partei hatte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit zu Fall gebracht und auch gegen die Römischen Verträge gestimmt (vgl. ebd.). De Gaulles ablehnende Haltung gegenüber einer supranationalen europäischen Integration stand dann auch ganz im Gegensatz zur Europapolitik der Bundesregierung, die ebenso wie die Europäische Kommission und ihr Präsident Walter Hallstein die Auffassung vertrat, dass die europäischen Institutionen so angelegt waren, dass sie eines Tages »Exekutive, Legislative und Judikative einer europäischen Föderation bilden könnten« (Haftendorn 2001: 72).

Darüber hinaus gab es in der Bundesregierung, ähnlich wie in den Niederlanden, einen starken Flügel, der sich bereits in den Verhandlungen zur EWG nur mit Widerwillen dem »Europa der Sechs« angeschlossen hatte. Vor allem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard (CDU) bevorzugte das britische Modell einer alle OEEC-Staaten umfassenden Europäischen Freihandelszone und erklärte sich nur mit der Perspektive auf die Realisierung der FHZ mit der »kleineuropäischen Inzucht« der EWG einverstanden (zit. n. Geiger 2008: 84). Frankreich stand der FHZ jedoch von Anfang an ablehnend gegenüber, da die Freihandelszone landwirtschaftliche Produkte ausschloss. Das machte sie für Frankreich mehr als unattraktiv, da das Land über eine starke exportorientierte Landwirtschaft verfügte. In der FHZ wäre französischen Agrarprodukten der britische Markt versperrt gewesen, während britische Industrieprodukte als zusätzliche Konkurrenz auf den französischen Markt gespült worden wären.

Dennoch befand sich die Bundesrepublik in ihrem Verhältnis zu Frankreich in einer ganz anderen Position als die Niederlande. Weitsichtig stellte der Geschäftsträger der deutschen Botschaft in Paris, Josef Jansen, dann auch bereits 1958 in einem Brief an das Auswärtige Amt fest:

[D]ie Bundesrepublik habe keine Alternative zu einer um Frankreich bemühten Politik, und de Gaulle sei nicht *a priori* antideutsch. Wir müssen versuchen, ihn klug und nachsichtig – was oft schwer sein wird – noch stärker an uns zu binden und ihn damit fest im westlichen Bündnis zu verankern (zit. n. Geiger 2008: 79).

Diese Politik wurde tatsächlich zum Kurs, den die Bundesrepublik in den nächsten Jahren verfolgte. Sie war jedoch alles andere als konfliktfrei, da sie der Bundesrepublik einen beinahe unmöglichen außenpolitischen Spagat zwischen der Politik der ehemaligen Besatzungsmächte abverlangte und innenpo-

litisch große Kontroversen auslöste. Zu jedem Zeitpunkt war man sich in der Bundesrepublik der Tatsache bewusst war, dass die Sicherheit der Bundesrepublik in erster Linie von den Vereinigten Staaten abhing.

Adenauer hatte seine persönliche Meinung zu de Gaulle schon beim ersten Treffen im September 1958 in Colombey-les-deux-Églises geändert. Diese erste Kontaktaufnahme erwies sich als grundsätzlich und stellte den Beginn einer engen Konsultation zwischen den beiden Regierungschefs dar (vgl. Defrance/Pfeil 2011: 99). Die Frage, warum Adenauer und de Gaulle, trotz anfänglichen Misstrauens und vieler Widerstände zu einer so tiefen und vertrauten Form der Zusammenarbeit gefunden haben, ist in der Forschungsliteratur immer wieder unterschiedlich beantwortet worden.

Häufig wird auf lebensgeschichtliche Parallelen und persönliche Gemeinsamkeiten hingewiesen. Neben diesen ›weichen Faktoren‹ werden in der Regel konsensuell jedoch machtpolitische Faktoren als ausschlaggebend betrachtet.⁸ Ein wichtiger Schlüsselmoment in der persönlichen Beziehung zwischen Adenauer und de Gaulle war sicherlich die im November 1958 beginnende Berlinkrise. Im Gegensatz zu den USA und Großbritannien profilierte sich der französische Staatspräsident in der Krise erfolgreich als Fürsprecher (westdeutscher) Interessen, indem er die Bonner Position in der Wiedervereinigungsfrage und den *Status quo* in Berlin unterstützte.⁹

Das »uneingeschränkte, beinahe kindliche deutsche Vertrauen in die USA« (Geiger 2008: 106f.) wurde hingegen durch den Bau der Berliner Mauer, den die USA nicht verhindert hatten, dauerhaft erschüttert. Auch der sicherheitspolitische Kurswechsel des neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy (1961–1963), weg vom geltenden Prinzip der Abschreckung und hin zu einer Politik der ›flexible response‹, entsprach ganz und gar nicht den Vorstellungen Adenauers, sondern schürte bei ihm die Angst, dass die USA sich längerfristig endgültig aus ihrer Verantwortung für die Sicherheit Europas zurückziehen könnten.

Trotz aller vorhandenen Differenzen ergaben sich im kurz- und mittelfristigen Bereich weitgehende Übereinstimmungen in Adenauers und de Gaulles Europakonzeptionen: »[B]eide waren entschlossen, die europäische Einigung auf der Basis enger deutsch-französischer Kooperation voranzutreiben [...]« und beide »erstrebten größere europäische Eigenständigkeit gegenüber dem transatlantischen Verbündeten, um so mehr Einfluss auf die westliche Politik insgesamt zu erzielen.« (Vgl. ebd.: 88). Vor diesem Hintergrund lässt sich bes-

8 | Z.B. bei Defrance/Pfeil 2011: 101ff.; Geiger 2008: 65ff.; Haftendorn 2001: 76ff., Köhler 1994: 1183ff.

9 | Corinne Defrance und Ulrich Pfeil haben zu Recht darauf hingewiesen, dass de Gaulle diese Entscheidung dadurch erleichtert wurde, »dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten während der Berlinkrise außerhalb jeder Vorstellung lag« und »die Sanktionierung der deutschen Zweistaatlichkeit den Interessen des französischen Staatspräsidenten viel eher entsprach«. Dennoch war das Ergebnis, dass sich die deutsch-französische Beziehung als Folge der Berlinkrise durch eine »besondere Solidarität« auszeichnete (Defrance/Pfeil 2011: 101).

ser verstehen, warum Adenauer bereit war – zum Entsetzen auch vieler seiner Parteigenossen – de Gaulles Vorschlag zur Gründung einer intergouvernementalen politischen Union mitzutragen und sich auch nicht gegen das endgültige französische Veto gegen die Europäische Freihandelszone auszusprechen.

Während eines weiteren Treffens der beiden in Rambouillet am 29. und 30. Juli 1960 erklärte Adenauer sich weitestgehend mit den Plänen de Gaulles einverstanden, »eine organisierte Zusammenarbeit der Staaten [...] ausgehend von Frankreich und Deutschland« zu gründen, »an der zunächst Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg teilnehmen sollten« (zit. n. Defrance/Pfeil 2011: 105). Wie schwierig es ist, diese Entscheidung Adenauers wirklich nachzuvollziehen, zeigt jedoch die breite Spanne möglicher Erklärungen, die die Forschungsliteratur bisher anbietet. Außenminister Brentano lehnte die – aus de Gaulles Plänen resultierende – Aushöhlung der *Römischen Verträge* und eine Brückierung der amerikanischen Schutzmacht in jedem Fall entschieden ab (Geiger 2008: 91).

Auch Wirtschaftsminister Erhard setzte alles daran, die Freihandelszone zu retten. Mächtige deutsche Wirtschaftsorganisationen wie der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) unterstützten Erhards Forderung nach Wiederaufnahme der Verhandlungen. Ein von der oppositionellen SPD eingebrachter Antrag, die Bundesregierung möge sich »mit aller Entschiedenheit« (ebd.: 86) für die Verwirklichung der FHZ einsetzen, fand die Unterstützung aller Bundestagsparteien inklusive der Unionsparteien. Schnell wurde deutlich, dass der außenpolitischen Kurs Adenauers auf eine starke Gegnerschaft auch innerhalb seiner Regierung und seiner Partei stieß, die seine ohnehin labiler werdende Machtposition in der Bundesrepublik weiter untergrub.

Erwartungsgemäß reagierte man auch in den Niederlanden ablehnend auf die Einladung der französischen Regierung an die Ministerpräsidenten und Außenminister der ›Sechs‹, sich am 10. und 11. Februar 1961 auf einer Konferenz in Paris zum Thema »une début d'organisation politique entre le Six« auszutauschen. Baron Samuel John van Tuyll van Seerooskerken, Generalsekretär im Außenministerium, legte dem Ministerrat unmittelbar seine Einschätzung der Lage vor:

In den von General de Gaulle entwickelten Plänen bezüglich der Reorganisation der politischen Zusammenarbeit der ›Sechs‹ spielen französische nationale Motive eine wichtige Rolle. Faktisch kann man sich nur schwer dem Eindruck entziehen, dass die politische Organisation der ›Sechs‹, die der französische Präsident vor Augen hat, nicht zuletzt dem Ziel dient, Frankreich die Möglichkeit zu bieten, als Leiter West-Europas, neben den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und der Sowjetunion eine Position als Weltmacht zu erwerben.¹⁰

10 | Mitteilung von S.J. Baron van Tuyll van Seerooskerken an den niederländischen Ministerrat bezüglich der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaften und ihrer Außenminister am 10. Februar 1961 in Paris (Nationaal Archief [Den Haag], 2.02.05.02 (Arch. MR), NA inv. Nr. 639; Übers. d. Verf.).

Dieses gaullistische Konzept steht, so macht es Baron van Tuyll van Seerooskerken den Mitgliedern des Ministerrats weiterhin deutlich:

im direkten Gegensatz [...] zu den Grundsätzen der durch die niederländische Regierung seit vielen Jahren entwickelten Integrationspolitik [...]. Resümierend muss festgehalten werden, dass weder den Belangen der Nordatlantischen Allianz, noch die der integrierten Zusammenarbeit in Europa mit dem oben gezeigten französischen Konzept gedient wird. [...] Dies führt in der Summe dazu, dass Frankreich auf der einen Seite des Farbspektrums steht und die Niederlande auf der anderen. Dazwischen sind die vier übrigen Partner der ›Sechs‹ in unterschiedlichen Nuancierungen sichtbar. (Ebd.; Übers. d. Verf.)

Auch Außenminister Luns reagierte unmittelbar nach dem Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle in Rambouillet ablehnend auf die politische Union. Noch am 5. August 1960 teilte er im Ministerrat mit, dass er erwarte, dass Adenauer und Macmillan sich beide ebenfalls gegen das Hegemonialstreben Frankreichs aussprechen würden (NA 2.02.05.02 [Arch. MR], inv.nr. 619). Im Falle Adenauers wurden die Hoffnung Luns jedoch enttäuscht. Adenauer blieb an der Seite de Gaulles und trieb gemeinsam mit ihm das Projekt einer politischen Union voran.

Die niederländische Antwort hierauf war eine harte Konfrontationspolitik, die vor allem von Außenminister Luns getragen wurde. Auf dem Pariser Gipfel im Februar 1961 gelang es ihm zunächst eine Entscheidung zu vertagen und stattdessen einen Untersuchungsausschuss einsetzen zu lassen. Da alle anderen Partner die EPU jedoch zunächst unterstützten, befanden sich die Niederlande in einer isolierten Position. Auf dem folgenden Gipfel in Bonn musste die niederländische Verhandlungsdelegation dann auch ein Stück weit von ihrer Position abrücken.

Erst als die Regierung unter Premierminister Edward Heath am 31. Juli 1961 einen Beitrittsantrag zur EWG stellte, wandte sich das Blatt für die niederländischen Verhandlungsführer. Im Zuge der nun folgenden Beitrittsverhandlungen überschlugen sich die Mitglieder der neuen Regierung unter Ministerpräsident Victor Marijen, allen voran Wirtschaftsminister Jan de Pous und Außenminister Luns, die Briten auf jede erdenkliche Weise bei ihrem Beitrittsgesuch zu unterstützen (vgl. Ludlow 2001: 225). Für die niederländische Regierung war klar, dass auch die Verhandlungen zur EPU nur noch gemeinsam mit den Briten geführt werden könnten.

Die gemeinsame Weigerung von Luns und dem belgischen Außenminister Paul Henry Spaak, ohne die Briten weiter zu verhandeln, führte dann auch am 17. April 1962 zum endgültigen Scheitern der EPU-Pläne. Dies veranlasste wiederum die Franzosen, sich im Folgenden in den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien querzustellen und die Aussöhnung mit Deutschland im Rahmen eines bilateralen deutsch-französischen Vertrages voranzutreiben. Am 14. Januar 1963 sprach de Gaulle sein Veto gegen eine weitere Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien aus und ein paar Tage später, am 22.

Januar, unterschrieben Adenauer und de Gaulle den Élysée-Vertrag. Die Reaktionen darauf sind am Anfang dieses Beitrages ausführlich beschrieben worden.

Einen Blick vorauswerfend, lässt sich sagen, dass sich die Positionen bis zum Ende der 1960er nicht annäherten. Die Problematik ›Politische Zusammenarbeit versus ›Britischer Beitritt‹ und der niederländisch-französische Gegensatz sollten die Europäischen Gemeinschaften bis Ende der 1960er Jahre in ihrem Bann halten. Für Adenauers Amtsnachfolger Ludwig Erhard und Kurt-Georg Kiesinger war diese Verhärtung der Fronten ein schwieriges Erbe. Sie nahmen im Laufe der 1960er Jahre auf der europäischen Bühne eine Art Mittlerposition ein, um das im Zuge des europäischen Integrationsprozesses bisher Erreichte nicht in Gefahr zu bringen. Erst nach dem Rücktritt de Gaulles in Frankreich gelang es auf dem Europäischen Gipfel in Den Haag 1969 die Fronten zu klären. In Europa hatte die »Zweite Generation« (Knipping/Schönwald 2004) das Ruder übernommen.

LITERATUR

- Asbeek Brusse, Wendy (1990): The Stikker Plan. In: Richard T. Griffiths (Hg.): The Netherlands and the Integration of Europe 1945–1957. Amsterdam, S. 69–92.
- Brouwer, Jan Willem/Merriënboer, Johan van (2013): Hoofdstuk 1 en 2. In: Anjo Harryvan/Jan van der Harst (Hg.): Verloren consensus. Europa in het Nederlandse parlementair-politieke debat 1945–2013. Amsterdam, S. 23–101.
- Brunn, Gerhard (2004): Die Europäische Einigung von 1945 bis heute. Bonn.
- Coolsaet, Rik (2003): België en zijn buitenlandse politiek: 1830–2000. Löwen.
- Defrance, Corine/Pfeil, Ulrich (2011): Deutsch-Französische Geschichte. Bd. 10: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945 bis 1963. Darmstadt.
- Fennema, Meinert/Rhijnsburger, John (2007): Dr. Hans Max Hirschfeld: man van het grote geld. Amsterdam.
- Geiger, Tim (2008): Atlantiker gegen Gaullisten. Außenpolitischer Konflikt und innerparteilicher Machtkampf in der CDU/CSU 1958–1969. München.
- Griffiths, Richard T. (1990): Die Benelux-Staaten und die Schumanplan-Verhandlungen. In: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt. München, S. 263–278.
- Haftendorn, Helga (2001): Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. Stuttgart/München.
- Harryvan, Anjo G. (2009): In Pursuit of Influence. The Netherlands' European Policy during the Formative Years of the European Union, 1952–1973. Brüssel.
- Ders./Harst, Jan van der/Voorst, Sandra van (2001; Hg.): Voor Nederland en Europa. Politici en ambtenaren over het Nederlandse Europabeleid en de Europese integratie, 1945–1975. Amsterdam.
- Heldring, Jérôme (1976): Die innenpolitischen Hintergründe der niederländischen Außenpolitik. In: Europa-Archiv 31, 21. Folge, S. 637–680.
- Hellema, Duco (2010): Nederland in de wereld. Buitenlandse politiek van Nederland. 4. Aufl. Houten.
- Hirschfeld, Gerhard (1998): Hans Max Hirschfeld und die deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen, 1931–1945. In: Walter Mühlhausen u.a. (Hg.): Grenzgan-

- ger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag. Münster, S. 189–213.
- Kersten, Albert (2011): Luns. Een politieke biografie. Amsterdam.
- Klemann, Hein (1990): Tussen Reich en Empire. De economische betrekkingen van Nederland met zijn belangrijkste handelspartners, Duitsland, Groot Brittannië en België en de Nederlandse handelspolitiek, 1929–1936. Amsterdam.
- Ders. (2009): Wirtschaftliche Verflechtung im Schatten zweier Weltkriege, 1914–1940. In: Hein Klemann/Friso Wielenga (Hg.): Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Münster, S. 19–44.
- Knipping, Franz/Schönwald, Matthias (Hg.; 2004): Aufbruch zum Europa der zweiten Generation. Die europäische Einigung 1969–1984. Trier.
- Köhler, Henning (1994): Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt a.M. u.a.
- Kramer, Esther (2003): Europäisches oder atlantisches Europa? Kontinuität und Wandel in den Verhandlungen über eine politische Union 1958–1970. Baden-Baden.
- Lak, Martijn (2009): „Eine Angelegenheit von fundamentaler Bedeutung“. Die Wechselwirkungen der ökonomischen und politischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland 1945–1949. In: Hein Klemann/Friso Wielenga (Hg.): Deutschland und die Niederlande. Wirtschaftsbeziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Münster, S. 45–85.
- Ders. (2011): Because We Need Them...: German-Dutch Relations After the Occupation: Economic Inevitability and Political Acceptance 1945–1957. Unpublished PhD thesis, Erasmus Universität Rotterdam.
- Lademacher, Horst (1988): Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts. In: Jürgen C. Hess/Hanna Schissler (Hg.): Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande. Frankfurt a.M.
- Loth, Wilfried (2004): Konrad Adenauer und die europäische Einigung. In: Mareike König/Matthias Schulz (Hg.): Die Bundesrepublik Deutschland und die europäische Einigung 1949–2000. Politische Akteure, gesellschaftliche Kräfte und internationale Erfahrungen. Stuttgart.
- Ludlow, Piers (2001): Too Close a Friend? The Netherlands and the First British Application to the EEC, 1961–1963. In: Nigel Ashton/Duco Hellema (Hg.): Unspoken Allies. Anglo-Dutch Relations since 1780. Amsterdam, S. 179–202.
- Luns, Joseph (1971): Ludwig Erhard – der Bundeskanzler, der ein Niederländer hätte sein können. In: Gerhard Schröder u.a. (Hg.): Ludwig Erhard. Beiträge zu seiner politischen Biographie. Festschrift zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Frankfurt a.M. u.a., S. 310–314.
- Salzmann, Walter H. (1999): Herstel, wederopbouw en Europese samenwerking. D.P. Spierenburg en de buitenlandse betrekkingen van Nederland 1945–1952. Den Haag.
- Segers, Mathieu (2013): Reis naar het continent. Nederland en de Europese integratie, 1950 tot heden. Amsterdam.
- Staden, Alfred van (1974): Een trouwe bondgenoot. Nederland en het Atlantisch Bondgenootschap (1960–1971). Baarn.
- Wielenga, Friso (2000): Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945. Münster.